**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte
**Band:** 66 (1986)
**Heft:** 2

**Rubrik:** Kommentare

**Nutzungsbedingungen**
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 13.07.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

## Jugoslawische Widersprüche

Eine blockierte Entwicklung

Noch vor zwei oder drei Jahren pflegten sich jugoslawische Funktionäre über ausländische «Seelsorger», wie sie sagten, lustig zu machen, die von einer «Krise» in ihrem Lande sprachen. Sie gaben höchstens zu, dass sie die im Westen aufgenommenen Kredite «momentan» nicht zurückzahlen konnten, aber als gute Sozialisten fanden sie dies auch gar nicht so wichtig; der Westen, so meinten sie, habe ohnehin die «Pflicht», im Interesse der «Stabilität» Jugoslawiens dem Lande jede gewünschte Hilfestellung zu erweisen. Heute hat sich das alles geändert. In Jugoslawien wagt kaum mehr jemand zu bestreiten, dass das Land in eine tiefe Krise geraten ist und dass, was fast noch schlimmer ist, sich ein Ausweg vorderhand kaum abzeichnet.

Die jugoslawische Krise ist zweifach: wirtschaftlich und national. Die jugoslawische Wirtschaft erholt sich überhaupt nicht, sondern verstrickt sich immer mehr in Widersprüche. In Opatija versammelte jugoslawische Wirtschaftswissenschafter beschuldigten das Landesplanungsamt, das für nächstes Jahr ein Absinken der Inflation von rund 80 auf 30 Prozent und ein Ansteigen der Exporte um fünf Prozent vorsieht, der «Wundergläubigkeit». Schon das überhöhte Staatsbudget für 1986, so meinte einer, werde für weiteres Anheizen statt Nachlassen der Inflation sorgen. Was die Exporte anbelangt, so müsse man eher von einer Abnahme statt einer Zunahme der Exportneigung sprechen; ausserdem werde es immer fragwürdiger, wie mit dem Prinzip der gleitenden Abwertung des Dinars die Exporte gefördert werden könnten, da dieses Prinzip nachgerade zu einem «Ausverkauf» des Landes führe. Die Verzinsung und Rückzahlung der Kredite, so ist immer vernehmlicher zu hören, könne nicht das einzige Ziel jugoslawischer Wirtschaftspolitik sein. Die Kredite vermindern sich überhaupt nicht, sondern stehen nach wie vor auf 19 bis 20 Milliarden Dollar. Jedes Jahr müssen allein für die Verzinsung über 2 Milliarden Dollar aufgewendet werden. Das sind rund 25 Prozent aller Exporte in Länder mit konvertibler Währung. Zwar, so heisst es, konnte im ablaufenden Jahr eine weitere fühlbare Senkung des Lebenstandards verhindert werden, aber dies scheint eher eine statistische und nicht eine tatsächliche Errungenschaft zu sein.

Die Zahl der Arbeitslosen beträgt rund 1,3 Millionen, und die Unzufriedenheit wächst. Anlässlich der Gründungsversammlung für das europäische Technologieprojekt «Eureka» kam vielen Jugoslawen schmerzlich zum Bewusstsein, wie sehr ihr Land in Gefahr ist, vom übrigen Europa abgekoppelt zu werden. Vor allem in der westlichsten Republik des Landes, in

Slowenien, wo man in letzter Zeit auffällig das «Europäertum» in den Vordergrund stellt und der «Balkanisierung» entgegensetzt, hat das Stichwort «Eureka» eine Reihe bitterer Kommentare ausgelöst.

Langsam scheinen sich somit die Aspekte der wirtschaftlichen Krise mit denen der politischen zu verbinden. In verschiedenen Orten des Landes kam es in letzter Zeit zu Zwischenfällen, nicht zuletzt nach Fussballmatchs und anderen Sportveranstaltungen, in denen sich allgemeine Jugoslawien-Verdrossenheit entlud. Die lokalen Gegebenheiten mögen dabei verschieden sein. In Split zum Beispiel, das traditionell «jugoslawisch» gesinnt war, hat sich unter dem Einfluss von sehr kroatisch gesinnten, streng katholischen Zuwanderern aus dem Innern eine dem Regime extrem feindlich gesinnte Atmosphäre gebildet, vor allem unter jungen Leuten, die sich jeweils bei Spielen des Fussballklubs «Hajduk» entlädt. In Slowenien, wo die wirtschaftlichen Verhältnisse noch am besten sind und fast keine Arbeitslosigkeit herrscht, wächst wieder das Gefühl, für die Bewohner der unterentwickelten Landesgegenden arbeiten und die selbst verdienten Devisen abgeben zu müssen. Das neue Devisengesetz, das sich in Vorbereitung befindet, aber noch nicht beschlossen werden konnte, wird möglicherweise noch zu schweren Verwicklungen führen. Die Slowenen erwirtschaften 25 Prozent der jugoslawischen Exporte in die Länder mit konvertiblen Währungen und sehen nicht ein, weshalb sie diese Devisen, oder doch den Löwenanteil davon, nicht selber behalten dürfen. In Priština wiederum macht sich bei den Fussballspielen das Gefühl der nationalen Unterdrückung der Albaner frei. Es werden gegenwärtig in Jugoslawien Untersuchungen darüber angestellt, weshalb sich die Gefühle der Unzufriedenheit, der Entfremdung und des Nationalismus heute so stark an Fussballklubs binden. Die Antwort dürfte sein, dass dies in einem Einparteienstaat der leichteste und ungefährlichste Weg ist, sie zu äussern.

## Vom Bundesstaat zum Staatenbund

Auch von offizieller Seite wird heute eingeräumt, dass Jugoslawien auf dem Wege ist, sich von einem Bundesstaat, das heisst einem Staat, in dem neben oder über den partikularen Staaten eine föderale Staatsgewalt besteht, zu einem Staatenbund zu wandeln, in dem die Bundesgewalt zusehends schwächer wird. Tito hatte nach der Krise der Jahre 1969–1972 das Konzept entwickelt, es sollte zwar der Staat relativ föderal gestaltet werden, aber dies müsse durch eine streng zentralistisch aufgebaute kommunistische Partei, in der das leninistische Prinzip des «demokratischen Zentralismus» weiter herrschen soll, kompensiert werden. Diese Konzeption ist dahingeschmolzen wie Schnee an der Sonne. Nicht nur hat sich das Prinzip des Konsensus auf staatlicher Ebene, wie heute allgemein zugegeben wird, viel umfassender durchgesetzt als ursprünglich beabsichtigt, so dass heute Entscheidungen auf Bundesebene auf unendliche Schwierigkeiten stossen, sondern es hat sich auch der Partei bemächtigt. Auch die kommunistische Partei, «Bund der Kommunisten» genannt, ist heute eine Art Föderation oder gar Konförderation von acht

Republiks- oder Regionsparteien. Auf jeder Sitzung des kommunistischen Zentralkomitees wird dies bemängelt und eine «Resolution» angenommen, die Abhilfe in Aussicht stellt. Bestimmt wird solches auch für den nächsten Parteikongress im Sommer 1986 als «Plattform» vorgeschlagen werden. In Wirklichkeit geschieht kaum etwas, weil die tatsächlichen Verhältnisse bereits so sind, dass alle massgebenden Funktionäre das Schwergewicht ihrer Macht in den Republiken und Regionen sehen und gar keine funktionierenden Zentralgewalten, weder auf staatlicher noch auf parteilicher Ebene, mehr wünschen. Die Bundesbürokratie hat, wie unter anderem der Präsident Sloweniens kürzlich ausführte, einen schlechten Ruf, ist unfähig und verdient es deshalb nach Auffassung vieler Machthaber in den Republiken gar nicht mehr, dass man sie mit irgendwelchen Aufgaben von Gewicht betraut.

In jedem Bundesstaat, auch in der Schweiz, sind die Beziehungen zwischen Bundesgewalt und Partikulargewalten, oft auch zwischen den einzelnen Partikulargewalten, von delikater Natur und müssen in einem permanent prekären Gleichgewicht gehalten werden. Es kommt vor, dass zuviel Zentralismus Konflikte schafft, und dass dann wieder ein Schritt zurück zur Stärkung der Partikulargewalten nötig wird. Die Schweiz erlebte solches zur Zeit Napoleons. Jugoslawien scheint gegenwärtig in einer solchen «Anpassungsphase» zu stecken. Gewisse Zentralisten sind dabei rasch bereit, von der «heutigen modernen Zeit» zu sprechen, wo die Probleme «anders» seien und wo ein starker Zentralstaat ebenso «zeitgemäss» wie notwendig sei. Diese Leute finden es sehr «modern», wenn die slowenischen und kroatischen Deviseneingänge in die Zentralkasse fliessen, aber «mittelalterlich», wenn Slowenen und Kroaten diese Eingänge für sich selber beanspruchen.

Langsam entsteht in Jugoslawien wie vor dem Kriege eine Identifikation zwischen Zentralismus und gross-serbischem Nationalismus. Die Transmission verläuft dabei, entsprechend der föderativen Struktur des Landes, etwas anders als damals. Ausgangspunkt bildet heute die Republik Serbien, deren Führung erklärt, auch diese Republik, die zwei autonome Regionen – Kosovo und Vojvodina – mit Sonderstatus enthält, habe das Recht, wie die andern Republiken, «einheitlich» zu funktionieren. Das bedeutet, dass die verfassungsmässigen Befugnisse der Regionen «eingeebnet» werden sollten. Dann würde dieses Serbien offenbar gerne mit «befreundeten» andern Republiken, sei es Montenegro oder Mazedonien, innerhalb des Bundesstaates eine beherrschende Stellung anstreben. Man bräuchte nur noch das Konsensusprinzip anzupassen, und schon wäre auf dem föderalen Umweg die alte Hegemonie der Vorkriegszeit wieder da.

Es ist unwahrscheinlich, dass solche Pläne leicht in Erfüllung gehen, da sie auch durchsichtig sind, aber es bleibt, dass nur der serbische Nationalismus in Jugoslawien heute «offensiv» ist, während die Nationalismen der andern Nationen und Republiken grundsätzlich «defensiv» eingestellt sind und dabei unter Umständen bis an die Grenze separatistischer Gelüste gehen kann. Freilich gibt es auch unter den Serben Jugoslawien-Verdrossenheit, besonders

wenn das Regime versucht, Manifestationen des angeblichen «serbischen Nationalismus» zu bekämpfen. Rasch ist dann die – vielleicht teilweise sogar zutreffende – Behauptung zur Hand, das kommunistische Regime unter Tito habe von Anfang an einen «antiserbischen Charakter» gehabt.

Das politische Problem Jugoslawiens ist somit nicht nur ein solches von Nationen und Nationalismen, sondern ebenso, wenn nicht fast mehr, ein solches des politischen Regimes. Es ist unbestreitbar, dass dieses Regime sowohl in der Wirtschaft wie auf der nationalen Ebene politisch versagt hat. Unter demokratischen Verhältnissen wäre es wohl auf Grund seiner Leistungen in den letzten fünf Jahren längst weggewählt worden. Es fühlt sich auch in der Defensive, reagiert nervös, widersprüchlich und politisch kaum mehr schöpferisch.

Die Kommunisten Jugoslawiens – und dies trotz Differenzen durch alle Republiken hindurch – sind trotz ihres Versagens nicht bereit, ihre Macht abzugeben oder auch nur mit andern zu teilen. In diesem Sinne verhalten sie sich wie seinerzeit nach dem Tode Francos in Spanien der sogenannte «Bunker», also jene Teile des Regimes, die unbelehrbar an den alten Vorstellungen und an der Macht festkleben wollten. Immerhin war zu jener Zeit Spanien bereits ein florierender, europäischer Industriestaat geworden. In Jugoslawien, wo die «Bunkermentalität» erheblich breiter ist, macht man sich hingegen bittere Gedanken, ob das Land entwicklungsmässig nicht bereits derart vom übrigen Europa abgekoppelt ist, dass eine Mitarbeit an Projekten wie «Eureka» kaum mehr in Frage kommt. Ausserdem weisen jugoslawische Zeitungen immer mehr auf China hin, wenn sie ihrer eigenen Regierung den Gedanken eingeben wollen, dass moderne Wirtschaftsmethoden mit dem Sammelbegriff «Sozialismus» durchaus in Übereinstimmung stehen können. Das Regime will in seinem sozialistischen Selbstverwaltungsdogmatismus nicht einmal so weit gehen, beispielsweise jene «Atomisierung» der Wirtschaft rückgängig zu machen, die verhindert, dass die jugoslawischen Unternehmen wirklich als starke, selbständige Faktoren am Markte in Erscheinung treten können. Starke Unternehmen, ohne die es nun einmal eine funktionierende Marktwirtschaft nicht geben kann, würden den Einfluss der Funktionäre auf das Wirtschaftsgeschehen beeinträchtigen.

## Die Nationalismen gegen das Regime

Noch viel schlimmer ist indessen, dass das Regime es durch seine Politik fertiggebracht hat, beinahe alle nationalen Gefühle und Motivierungen in Jugoslawien, einschliesslich die Ansätze eines gesamtjugoslawischen Nationalgefühls, durchgehend, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität, gegen sich zu wenden, so dass es heute fast gezwungen ist, jeglichen «Nationalismus» als schlimmsten Feind zu betrachten. Dies ist das Resultat einer sektiererischen Einstellung gegen die Phänomene Nation und Nationalismus, und daraus resultierend einer Politik, die in weiten Kreisen der Bevölkerung, gleichgültig in welcher Republik, als nationale Unterdrückung gesehen wird. Das Paradoxe ist, dass sich die Nationalismen auch in alle Struk-

turen des Regimes eingeschlichen haben, nur mit dem Unterschied, dass sich hier die Machtfrage anders stellt. Die Politik, die sich daraus ergibt, wird dann so oder so als nationale Unterdrückung gesehen. In Kroatien scheint es eine der Hauptaufgaben der Polizei zu sein, darauf zu achten, welche Lieder die jungen Leute singen. Die anrüchigen Gesänge erweisen sich dabei meistens als völlig normale «patriotische» Lieder, mit Texten, die weder klüger noch dümmer sind als anderswo, aber das Regime hat sie zu staatsgefährdenden Manifestationen hochstilisiert. Ebenfalls in Kroatien ist es dem Regime gelungen, die Frage der «kroatischen» Wörter in den Schulbüchern zu einer hochpolitischen Frage des «kroatischen Nationalismus» zu machen. Es wundert deshalb nicht, dass viele Kroaten Mühe haben, sich in ihrer Republik und damit in Jugoslawien überhaupt zuhause zu fühlen.

Ein besonderes Problem ist das Kosovo, jener Region innerhalb der Republik Serbien, in der die Albaner eine Mehrheit von gegen 80 Prozent bilden. Jugoslawien ist dem Namen nach das «Land der Südslawen». Die Albaner sind keine Slawen, weder südliche noch andere; wahrscheinlich sind sie Nachfahren der alten Illyrer. Im Kosovo wohnt nicht nur eine albanische «Minderheit», sondern die eine Hälfte der albanischen Nation, wenn auch die kleinere. Somit ist die Kosovo-Frage nicht nur eine Frage für Jugoslawien. Sie ist auch Teil der albanischen Nationalfrage, konkreter der Frage der albanischen nationalen Einheit. Es scheint erwiesen, dass die Albaner des Kosovo, deren Erfahrungen mit Jugoslawien, historisch gesehen, mehr als zwiespältig sind, zwar im gegenwärtigen Augenblick eine Vereinigung mit dem Albanien, wie es sich heute präsentiert, nicht wünschen, wohl aber einen möglichst grossen Grad von Autonomie innerhalb Jugoslawiens. Wie und in welcher Form dies erreicht werden soll, darüber sind die Albaner des Kosovo offensichtlich tief gespalten. Die herrschende Funktionärsschicht fühlt sich vom serbischen Hegemonismus bedrängt und meint, sie könne ihre Stellung nur wahren, wenn sie «nationalistische» Regungen der eigenen Landsleute unterdrückt. «Damit wir unsere Forderungen stellen können, müssen wir den eigenen Leuten gegenüber etwas strenger sein», so hört man in Priština. Diese Haltung wächst indessen in eine Repression aus, welche die Albaner als Bürger Jugoslawiens deklassiert; sie sind Praktiken ausgesetzt, welche weder in der Verfassung noch im Strafgesetzbuch eine Stütze finden. Albanische Häftlinge werden, auch in anderen Teilen Jugoslawiens, regelmässig und schwer misshandelt. Die Folge ist, dass Jugoslawien in albanischen Augen erst recht diskreditiert wird und dass Jugoslawien sich der Vorzüge, die es seinen Bürgern albanischer Nationalität im Vergleich zum eigentlichen Albanien bieten kann, wieder selbst begibt. Die heutige Politik Jugoslawiens in Kosovo führt auf längere Sicht zu einer Stärkung des albanischen Bewusstseins dort und zu einer Abwendung vom übrigen Jugoslawien, in welchem die Albaner keine nationale Perspektive für sich sehen.

## Keine zentralistische Lösung

Wenn das Regime, aber auch oppositionelle Elemente, in Jugoslawien ge-

genüber dem nationalen Problem eine einigermassen rationale Haltung an den Tag legen würden, wären die daraus anstehenden Fragen vielleicht einigermassen zu lösen. Tatsache ist, dass im Grunde Konflikte immer dann entstehen, wenn versucht wird, gemeinsame Lösungen zu suchen, oder wenn sonst über Anteile oder Verteilungsmodalitäten gestritten wird. Viele Probleme des gegenwärtigen Jugoslawiens liessen sich im Rahmen der einzelnen Republiken leichter und konfliktfreier lösen als auf Bundesebene – auch das so wichtige Problem der Demokratisierung.

Manchmal hat man den Eindruck, die Völker Jugoslawiens verstünden sich um so besser, je weniger sie miteinander zu tun haben. Westliche Beobachter und Diplomaten begehen einen Fehler, wenn sie grundsätzlich glauben, zentralistische Lösungen seien für Jugoslawien besser, weil sie den Zusammenhalt des Landes stärken und dadurch «Stabilität» in Südosteuropa garantieren. Das Gegenteil ist der Fall. Man wird wohl die Frage der künftigen Struktur Jugoslawiens den Völkern Jugoslawiens selber überlassen müssen; Rezepte gibt es dafür keine. Zu wünschen wäre, dass dieser Entscheid in grösstmöglicher Freiheit getroffen werden kann, damit er auch hält. Man könnte sich sehr wohl ein Jugoslawien vorstellen, in welchem wichtige Befugnisse, auch auf wirtschaftlicher und sogar monetärer Ebene, von den einzelnen Republiken, oder von Republiksgemeinschaften, wahrgenommen würden. Es bliebe immer noch genug, zum Beispiel auf Grund des allgemeinen Konsenses über die Unabhängigkeit des Landes und über die blockfreie oder neutrale Aussenpolitik, um einen ausreichenden Zusammenhalt zu garantieren.

Gelegentlich wird von der Möglichkeit eines «zentralistischen Putsches» gesprochen, das heisst von einem Versuch, der angeblichen Desintegration des Landes gewaltsam Einhalt zu gebieten. Für eine derartige Aktion könnte nur die Armee in Frage kommen, die bestimmt auch einige Politiker fände, die sich von ihr auf die massgebenden Posten setzen liessen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass solche Absichten tatsächlich bestehen und dass eines Tages ein entsprechender Versuch unternommen wird. Die Armee, das heisst die kommunistischen Offiziere (und auch die pensionierten) zeigen Anzeichen von Unzufriedenheit und Ungeduld. Ein solcher Putsch könnte indessen nur die ganze Entwicklung für eine gewisse Zeit verzögern, würde aber gar nichts lösen. Schon nach ein paar Wochen würden die zentralistischen Putschisten vor den gleichen Problemen wie vorher die Politiker stehen, und es bliebe ihnen schliesslich kaum etwas anderes übrig, als die Leitung der Politik wieder in die Hände von politischen Faktoren zurückzulegen. Schon 1929 versuchte König Alexander ein solches Manöver, und es ging ihm genau so. Auch heute übrigens hat das serbisch-montenegrinische Element in der Armee ein Übergewicht; man kann deshalb nur sehr bedingt sagen, dass die Armee national neutral wäre.

## Negativismus der Machthaber

Leider gibt es in Jugoslawien kaum ein rationales Herangehen an diese Pro-

bleme, weder an das nationale Problem noch an das des Regimes. Dies gilt zu beiden Seiten der politischen Barrikaden, aber da dem Regime wohl die grössere Verantwortlichkeit zukommt, muss vor allem dessen irrationaler und oft zur reinen Gewalttätigkeit neigender Ansatz bedauert werden. Der Polizeiapparat funktioniert noch in allen Teilen Jugoslawiens; es ist deshalb verlockend, die Lösung von Problemen und Konflikten auf die Polizeiebene zu schieben. Zwar wird man jedem Land zubilligen müssen, dass es seine innere und äussere Integrität notfalls auch mit Polizeimitteln verteidigt, aber diese werden nur dauernde Wirkung haben, wenn sie durch eine konstruktive Aktion auf der politischen Ebene ergänzt werden. Darin war Tito Meister. Heute fehlt die politische Aktion meistens, und es bleibt bei der reinen Repression. Dies führt fast automatisch zur Verschärfung der Konflikte. In Split zum Beispiel war die Polizei mindestens zweimal vor den grossen Zwischenfällen im Oktober ohne Grund gewaltsam ins Fussballstadion eingedrungen und prügelte wahllos drauflos. Zumindest in einigen Republiken, vor allem in Kroatien und in Bosnien, werden die immer noch bestehenden und auch von vielen fortschrittlichen Jugoslawen kritisierten Strafbestimmungen über sogenannte «Verbaldelikte» sehr extensiv angewendet, was zu Urteilen führt, die vom Standpunkt der Menschenrechte empörend wirken.

Man würde gerne positivere Eindrücke über Jugoslawien mitteilen, aber im Moment scheint jede evolutionäre Entwicklung in diesem Lande versperrt durch nervösen Negativismus eines Regimes, das sich jeder Öffnung verschliesst, panische Angst vor jeder «Alternative» empfindet, überall den «Feind» am Werk sieht und allzu rasch bereit ist, selbst bei relativ geringfügigen Vorkommnissen, wie in Split, mit schweren Worten wie «Faschismus» aufzuwarten, die jeden Gesprächsfaden ein für allemal abschneiden. An Positivem lässt sich nur eines feststellen: Über die Probleme des Landes und des Regimes kann heute, vor allem in der Presse und in Veröffentlichungen von Wissenschaftern, relativ offen und sachlich diskutiert werden. Es gibt somit, auch wenn Gegenauffassungen von der Teilnahme an der politischen Macht ausgeschlossen sind, eine öffentliche Meinung in Jugoslawien, die Druck ausübt und gelegentlich auch politische Effekte hat. Dazu kommt, dass die Meinungen innerhalb der herrschenden Strukturen längst nicht mehr einheitlich sind; auch dies macht sich in der öffentlichen Meinung geltend. Den Journalisten und Wissenschaftern ist diese Freiheit nicht von selbst in den Schoss gefallen; sie musste hart erkämpft werden und ist auch heute noch keineswegs gesichert. Die Journalisten haben dabei häufig die Gegensätze innerhalb der Führungsstrukturen ausnützen können. Immerhin: Diskussionen sind oft ein Vorbote freierer Zustände. Wenn diskutiert wird, zeichnen sich eher Lösungen ab, als wenn alle Probleme unter den Teppich gekehrt werden.

*Viktor Meier*

# Geschwächter «Islamismus»

Die Folgen des Umbruchs im Sudan

Wenn Sudanesen von der «Oktober-Revolution» sprechen, meinen sie nicht die russische von 1917, sondern die sudanesische von 1964, als der Militärdiktator Ibrahîm 'Abbûd durch einen unblutigen Massenaufstand zu Fall gebracht wurde. Die «April-Revolution» von 1985 gegen den Militärdiktator Ja'far Numairi folgte jenem Muster der disziplinierten Massendemonstrationen, auf das die Sudanesen so stolz sind. Auch diesmal gab es kaum ein Dutzend Tote. Am 6. April 1985 setzte Armeechef General A. Sawâr ad-Dahab den ausser Landes weilenden «Feldmarschall» Numairi ab. Das war kein erneuter Staatsstreich der Militärs im üblichen Sinn, sondern ein Einschwenken der Generäle auf die Linie des Volksaufstands, der alle Schichten der Bevölkerung erfasst hatte.

Seither besteht im Sudan ein originelles System der Doppelherrschaft. Einem Militärrat steht ein ziviles Kabinett unter Leitung des Arztes Gazuli Daf-Allâh zur Seite, bzw. umgekehrt, je nach der Sicht, aus der man die Dinge betrachtet. Verständlicherweise gibt es zwischen beiden Kabinetten eine Rivalität; denn jeder hält sich für den eigentlichen Revolutionär. Gemeinsam ist beiden, dass sie sich insgesamt als eine Übergangslösung verstehen. Am Willen zur Demokratie ist nicht zu zweifeln, und kaum jemand unterstellt General Sawâr ad-Dahab längerfristige Ambitionen. Gefahren drohen allenfalls von einigen Offizieren um ihn herum. Gegen sie richtet sich vor allem das Misstrauen der nicht-muslimischen Südsudanesen. Im April 1986 sollen allgemeine Parlamentswahlen stattfinden, von denen man erwarten darf, dass sie zu einem jener seltenen Fälle wirklich freier und demokratischer Wahlen in der islamischen Welt werden. (Eine dieser löblichen Ausnahmen waren 1970 die Wahlen in Pakistan, die den später von einer Militärdiktatur hingerichteten Z. A. Bhutto an die Macht brachten.)

## Absage an den Islamismus

Zumindest unter den Nordsudanesen herrscht seit dem Sturz Numairis Hochstimmung und die Überzeugung, mit der Diktatur sei es für alle Zeiten vorbei. Tatsächlich ist die Meinungsfreiheit seitdem beispielhaft – und sicher in arabischen Staaten einmalig. Daher darf die sudanesische Entwicklung nicht unterbewertet werden. Der Umschwung in Khartum wird bisweilen mit den relativ freien Wahlen von Kuwait im Jahre 1984 verglichen. Beide Fälle werden als Wendepunkte betrachtet, weil sie eine klare Absage an die Islamisten darstellen – wie allerdings seinerzeit schon die Wahlen in Pakistan. Bei den Kuwaiter Parlamentswahlen erhielten die Verfechter einer politischen Ideologisierung des Islam, also des Islamismus, eine empfindliche Niederlage, die sehr zum Zorn des Teheraner Khomeini-Regimes auf den kleinen arabischen Öl-

staat beitrug. Im Sudan gar wurde dem Islamismus durch einen Massenaufstand ein Ende gesetzt, wurde der Herrschaft der *sharî'a,* jenes archaischen Gesetzeskodex aus der islamischen Frühzeit, von einem tiefgläubigen muslimischen Volk eine deutliche Absage erteilt.

Das bedeutet gewiss nicht, dass es mit dem «Islamisten-Spuk» endgültig vorbei sei. Es ist keineswegs auszuschliessen, dass in dem einen oder anderen Staat der islamischen Welt doch noch Anhänger Khomeinis oder ähnlich radikaler Strömungen an die Macht gelangen. Ganz sicher könnte dies jedoch nicht durch einen Volksaufstand wie seinerzeit in Iran geschehen, sondern allenfalls durch einen Putsch islamistischer Offiziere. Neben dem Nordjemen ist Ägypten in dieser Hinsicht wahrscheinlich das am stärksten gefährdete Land. Die einst islamistisch unterwanderte ägyptische Armee ist deshalb bereits mehrmals gründlich gesäubert worden.

Die Zeiten, da Staatsoberhäupter der säkular-nationalistischen Mitte sich der Islamisten bedienten, um die als grösste Gefahr angesehene Opposition zur Linken zu zerschlagen, scheinen vorbei zu sein. Bhutto, Sadat und Bourguiba, aber auch die marokkanische Monarchie, hatten alle eine Zeitlang geglaubt, die islamistische Rechte sei leicht zu manipulieren und gegen die Linke auszuspielen. Bhutto und Sadat mussten dafür mit dem Leben bezahlen. Bourguiba schwenkte, sozusagen in letzter Minute, noch um und gewährte den Gewerkschaften und sogar den Kommunisten plötzlich wieder grösseren Spielraum, während die Islamisten als einzige Formation vom politischen Leben ausgeschlossen wurden. Das war ein meisterhafter Schachzug des greisen «Landesvaters», der kaum genügend gewürdigt worden ist. Die marokkanische Regierung geht nach wie vor mit äusserster Härte gegen die wenigen organisierten Marxisten-Leninisten vor, verfolgt nun aber die Islamisten nicht weniger scharf. Das Schicksal Bhuttos wurde in der arabischen Welt kaum analysiert, die pakistanischen Zusammenhänge wenig verstanden. Die Ermordung Sadats dagegen war ein Signal, das zu einer gründlichen Umorientierung der politischen Taktik führte. Auch in Algerien zog man daraus Lehren, so dass der dort relativ junge Islamismus nur für sehr kurze Zeit die inoffizielle Gönnerschaft fand, die ihm in Ägypten und Tunesien fast ein Jahrzehntlang zuteil geworden war. Die algerische Einheitspartei FLN war zwar verlockt, die überwiegend aus dem Arabertum kommenden Islamisten gegen die mehrheitlich linkstendierenden Berber-Autonomisten einzusetzen. Man begriff hier jedoch schnell, dass das eine Extrem nicht weniger gefährlich war als das andere.

König Husain von Jordanien setzte zwar nicht auf die Islamisten als Kraft im eigenen Lande, gewährte jedoch syrischen Mitgliedern der Extremistenpartei «Muslim-Bruderschaft» Unterschlupf und liess sie von seinem Territorium aus gegen das verfeindete Regime der säkular-nationalistischen Baath-Partei in Damaskus operieren. Die auf der arabischen Gipfelkonferenz von Casablanca 1985 beschlossene Aussöhnung von Jordanien und Syrien bot Husain die willkommene Gelegenheit, seine schützende Hand von den «Muslim-Brüdern» zurückzuziehen bzw. diese sogar den Syrern ans Mes-

ser zu liefern. In Syrien steht allein schon auf Mitgliedschaft in jener Partei die Todesstrafe. Für den Irak gilt das nicht weniger.

## Bruderzwist

Um den Islamismus ist es also weit weniger gut bestellt als in Europa allgemein angenommen. Dazu trägt auch die Spaltung der Islamisten in rivalisierende Strömungen bei. Da es sich ohnehin nicht um Massenbewegungen, sondern um Kaderparteien handelt – Iran ist eine Ausnahme –, wirkt sich Bruderzwist für den Islamismus besonders nachteilig aus. Ähnlich wie die Spaltung der Kommunisten in Moskauhörige und Pekinghörige seinerzeit zur Schwächung der extremen Linken beitrug, leiden die Islamisten heute an der Spaltung in einen pro-iranischen und einen pro-saudischen Flügel. Die alte Garde der «Muslim-Brüder» ist im Solde Riads ergraut und nicht mehr so revolutionär wie zur Zeit Nassers. Sie sind zwar keineswegs Demokraten geworden, versprechen sich jedoch nunmehr etwas vom Mitspielen der demokratischen Regeln. In Tunesien sieht es fast so aus, als könne auf diese Weise eine Art «Muslim-Demokratie» zustande kommen. Auszuschliessen ist das nicht einmal in Ägypten, wo 1983 die traditionelle – und nunmehr gemässigte – «Muslim-Bruderschaft» ein Wahlbündnis mit der ehedem laizistischen Wafd-Partei (Neo-Wafd) einging. Somit gelangten acht «Muslim-Brüder» als Abgeordnete in die Nationalversammlung. Allein hätten sie die dort geltende 8-%-Klausel sicher nicht bewältigt. Auch in Pakistan hat die Militärdiktatur noch immer den «gemässigten» Flügel der *jamâ'at-e islâmî* («Islamische Partei») auf ihrer Seite, um Schritte in Richtung auf eine demokratische Öffnung unternehmen zu können.

Die pro-iranischen Islamisten verdammen den «demokratischen Weg» ihrer einstigen Kampfgenossen in Grund und Boden. Für sie zählt nur die revolutionäre Option Khomeinis, also der Volksaufstand, für den jedoch wenig Aussicht auf Erfolg besteht. Die iranische Führung rechnet zweifellos damit, dass Erfolge sich längerfristig einstellen könnten, und zwar mit zunehmender wirtschaftlicher Misere. Die ölreichen Golfstaaten mussten bereits zahlreiche Entwicklungsprojekte zurückschrauben, wodurch Hunderttausende von Fremdarbeitern zur Rückkehr in ihre hoffnungslosen Ursprungsländer gezwungen sind. An dieses Heer der Entrechteten richtet sich hauptsächlich die Botschaft der Iranischen Revolution. Für Länder wie Pakistan ergeben sich aus der Schar der Rückwanderer in der Tat schwerwiegende Probleme, für Ägypten vielleicht sogar noch mehr. Saudi-Arabien und die Emirate sichern sich jedoch gegen Unruhen ab, indem sie mehr und mehr die muslimischen Fremdarbeiter aus den Nachbarländern durch Nicht-Muslims aus Südostasien ersetzen. Philippinos, Südkoreaner und Thailänder sind für islamische Parolen nicht so empfänglich wie Libanesen, Bengalis und Nordafrikaner. Zwar tritt jede Woche in Saudi-Arabien eine Gruppe von Zimmermädchen und Krankenschwestern aus Sri Lanka und den Philippinen pro forma zum Islam über, ein islamistisches Unruhepotential ist damit jedoch noch lange nicht gegeben.

Ferner bleibt zweifelhaft, wieweit es berechtigt ist, die gesättigte Orthodoxie der arabischen Ölpotentaten als «schwarzen Islam» und den Fanatismus des pro-iranischen revolutionären Untergrunds als «roten Islam» zu bezeichnen. Khomeinis Iran verausgabt sich mit islamistischer Propaganda kaum weniger als im Krieg gegen den Irak, doch hat er zuhause keine nennenswerten Erfolge in bezug auf soziale Gerechtigkeit aufzuweisen. Das bleibt auf die Dauer nicht verborgen.

Die «zahmen» Islamisten im Auftrage Saudi-Arabiens haben für ihre Kameraden von einst immerhin schon den Ausdruck «Anarcho-Islamisten» geprägt. Unter diesen Begriff fallen all jene Gruppen und Kampfzellen im Nahen und Mittleren Osten, die mit immer neuen revolutionären Firmenschildern an die Öffentlichkeit treten, Unruhen schüren und Terroranschläge verüben. Ägypten und der Libanon haben wohl die grösste Zahl solcher *jihâd*-Begeisterter aufzuweisen. Der *jihâd,* der «Heilige Krieg», wird von muslimischen Intellektuellen gern als ein ethisches Prinzip erläutert, als eine moralische «Anstrengung», getreu der wörtlichen Bedeutung des Begriffs. Die «Anarcho-Islamisten» hingegen erklären den *jihâd* unverblümt als Gewalttätigkeit, als Krieg gegen alle «Feinde des Islam», und darunter verstehen sie alle diejenigen, die nicht genau auf ihrer Linie liegen, also nicht nur die Nicht-Muslims, sondern auch die eigenen Glaubensbrüder. Gerade dieser Fanatismus aber setzt ihrem Wirkungskreis Schranken. Sie gewinnen wohl kleine Scharen von Jüngern, die selbst den «Märtyrertod» für die Sache nicht scheuen, der grossen Masse sind sie jedoch unheimlich.

Zu den «Anarcho-Islamisten» zählen auch Phänomene wie Ägyptens exzentrischer Hâfiz Salâma, der einen «Grünen Marsch» auf das Präsidentenpalais durchführen wollte, um die Regierung zur sofortigen Einführung der *sharî'a* zu zwingen. Gewiss hätte er einige tausend, vielleicht sogar zehntausend Eiferer zum Protestmarsch aufbieten können. Was bedeutet das jedoch schon in dem Millionenslum Kairo? Der zutiefst laizistische Präsident Mubarak ging zur Gegenoffensive über, liess alle Moscheen des Landes staatlicher Kontrolle (durch das Ministerium für Religiöse Stiftungen) unterwerfen und die Intellektuellenprominenz zu einer Anti-Islamismus-Kampagne antreten. Im Verlauf dieser «grossen Debatte» kam es dann auch wirklich zu eindrucksvollen Bekenntnissen zahlreicher Akademiker mit Rang und Namen, die eine islamische Aufklärung befürworten. Hâfiz Salama liess seinen «Grünen Marsch» abblasen als er sah, dass die Behörden zu Gegenmassnahmen entschlossen waren. Das eigentlich Problematische an der Affäre war, dass die Demonstranten alle einen Koran bei sich getragen hätten. Bei Zusammenstössen mit der Polizei wären unweigerlich etliche dieser Heiligen Schriften zu Boden gefallen und mit Füssen getrampelt worden. Das hätte einer noch grösseren Empörung gegen die «gottlose» Regierung Vorschub geleistet. Nur gegen diesen Hintergrund kann man den Mut Mubaraks voll würdigen. Die sonst so agitatorischen Abgeordneten der «Muslim-Bruderschaft» in der Nationalversammlung distanzierten sich vom «Grünen Marsch» des Quertreibers Hâfiz Salâma, der nur Verachtung für sie übrig hatte. Um den etwa achtzig-

jährigen Prediger, der mit seiner ausserparlamentarischen Opposition als «Möchte-gern-Khomeini» verlacht wurde, herrscht vorläufig wieder Stille.

## Verhasste «Septembergesetze»

Im Nachbarland Sudan geben sich die Islamisten nach der erlittenen Schlappe keineswegs geschlagen. Kurz vor dem Ende des Regimes hatten sie sich mit Präsident Numairi überworfen und versuchen nun, statt als Handlanger der Diktatur als deren Opfer anerkannt zu werden. Der Versuch ist grotesk, wenn man sich vor Augen hält, dass ihr Chef, der Jurist Dr. Hasan Turabi, sich zuvor in unzähligen Interviews als den eigentlichen Architekten der «Islamisierung» hinzustellen bemüht hatte. Gerade deshalb zog er sich ja den Zorn Numairis zu, der den traurigen Ruhm ganz für sich beanspruchen wollte. Die «Islamisierung» wurde von der grossen Mehrheit der Sudanesen als so unmenschlich empfunden, dass sie sich weigern, den doch irgendwie als heilig verstandenen Begriff *sharî'a* dafür gelten zu lassen. Stattdessen spricht man von den diktatorischen «September-Gesetzen», da die «Islamisierungsmassnahmen» von Numairi im September 1983 verkündet wurden. Turabi, als Chef der «Muslim-Bruderschaft» und Präsidentenberater, war aufs engste mit den zwei letzten – und finstersten – Jahren des Regimes assoziiert, weshalb man auch von der Numairi-Turabi-Diktatur spricht. Die sich betont menschlich und versöhnlich gebende Revolutionsregierung, die ihren Stolz darein setzt, den internationalen Rechtsgepflogenheiten und den Ansprüchen der Menschenrechtler zu folgen, hat nur die Spitzen des Regimes sowie einige besonders verrufene Folterknechte auf die Anklagebank gesetzt. Sie hatte es nicht leicht, sich der populären Forderung nach einer Aburteilung Turabis zu widersetzen. Ebenso konnten die verhassten «September-Gesetze» aus Rücksicht auf Saudi-Arabien zunächst nur ausser Kraft gesetzt, nicht aber endgültig abgeschafft werden. Hierin liegt der Zündstoff für die bedrohte Zukunft des Sudans; denn der nicht-muslimische Süden, aber auch starke Kräfte unter den Muslims, werden nicht ruhen, bis die «September-Gesetze», also die *sharî'a* in der engstirnigsten Auslegung ihrer herkömmlichen Form, ein für allemal aufgehoben sind.

## Eine Pseudo-Kirche

Es entsteht ein Dilemma für Saudi-Arabien. Obwohl im Vergleich zu Khomeinis Iran gemässigt, ist der von Riad praktizierte Islamismus doch totalitär und fundamentalistisch. Für Saudi-Arabien ist seit den sechziger Jahren (König Faisal) die Verbreitung seines Neo-Wahhabitentums (islamischer Fundamentalismus) ein Eckpfeiler seiner Aussenpolitik. Erst sah man darin ein Bollwerk gegen den Kommunismus, nunmehr eine Waffe gegen den schiitischen Messianismus Khomeinis. Zu diesem Zweck wurde in Saudi-Arabien eine Art muslimischer Pseudo-Kirche geschaffen, obwohl das islamische Ideal sich gegen jede Form von Klerus richtet. Die in Mekka beheimatete «Muslimische Weltliga» ist mit einem gewaltigen Netzwerk von Unterorganisationen über die gesamte

islamische Welt ausgedehnt worden. In mancher Hinsicht kann man sie als den klerikalen Arm der saudischen Aussenpolitik betrachten. Das eigentliche saudische Aussenministerium hat sich, entsprechend den sozialen Veränderungen des Landes, zunehmend säkularisiert und wird von pragmatischen Technokraten geleitet. Das religiöse Establishment läuft parallel dazu, in letzter Zeit jedoch nicht immer im Gleichklang, dafür hat sich zu viel Eigendynamik entwickelt.

Den Technokraten des Königreichs sitzt die Furcht vor der Nahrungsmittelknappheit im Nacken, da wenig Aussichten bestehen, im eigenen Land eine ausreichende Produktion zu entwickeln und die Abhängigkeit von Importen noch lange andauern wird. Die Importe aber bedürfen einer Diversifizierung, das bewies der Ausfall Libanons nur zu deutlich. Nachdem zunächst Pakistan in die Bresche gesprungen war, nimmt man nun der Türkei ihre landwirtschaftliche Überproduktion ab. Lieblingsprojekt der Planer ist jedoch der Ausbau des Sudans zum Brotkorb der arabischen Halbinsel. Das mag angesichts der 1985er Hungerkatastrophe paradox klingen. Tatsächlich liesse sich aber der Sudan mit arabischem Kapital und deutsch-französischem Know-how relativ leicht in einen wichtigen Nahrungslieferanten verwandeln. Die unmittelbare Nähe zu Saudi-Arabien ist ein zusätzlicher Vorteil.

## Der Märtyrer Tâhâ

Für dieses Vorhaben braucht man aber Frieden im Sudan, und der neuen Technokratenschicht in Riad sollte es eigentlich gleichgültig sein, ob Khartum von Vertretern der mystischen Volksfrömmigkeit oder von *sharî'a*-gläubigen Fundamentalisten beherrscht wird. Nun hat aber das religiöse Establishment ebenfalls den Sudan zum Lieblingsprojekt erkürt. Die «Muslimische Weltliga» betrachtet Khartum als Sprungbrett für die Ausdehnung des Islamismus nach Schwarzafrika. Deshalb ist auch vom saudischen «Klerus» im Sudan besonders viel investiert worden. Mehrere aufwendige religiöse Institute und Institutionen wurden geschaffen; die «Islamischen Banken» sind kaum irgendwo so rührig wie hier. Dieser islamistische «Apparat» wird von den «Muslim-Brüdern» geleitet, die nun in den Augen der Mehrheit der Sudanesen gründlich diskreditiert sind. Zumindest die sudanesische Elite spricht schon seit den siebziger Jahren vom «saudischen Imperialismus», und davon künden auch zahllose Parolen an Häuserwänden, besonders natürlich auf dem Universitätsgelände. Während der Demonstrationen gegen Numairi war neben der US-Botschaft (der Diktator hielt sich gerade in den USA auf) auch die «Islamische Faisal Bank» eine Hauptzielscheibe des Volkszorns. Der überaus beliebte muslimische Reformator Mahmûd M. Tâhâ predigte lange Jahre gegen die Entstellung des Islams durch die «Muslim-Brüder» und ihre Hintermänner in Saudi-Arabien. Seine Anhänger hatten sogar eine Schrift gegen die Pervertierung der Wirtschaft durch die «Islamischen Banken» und speziell durch die «Islamische Faisal Bank» herausgebracht. Als der «sudanesische Gandhi» am 18. Januar 1985 vom Numairi-Turabi-Regime öffentlich als «Apostat» er-

hängt wurde, sandten der oberste Rechtsgelehrte Saudi-Arabiens sowie der Vorsitzende der «Muslimischen Weltliga», Dr. 'Umar an-Nasîf, Glückwunschtelegramme an Numairi. Durch sein freiwilliges Martyrium (man gab ihm drei Tage Zeit zum Widerruf) wurde Mahmûd M. Tâhâ natürlich erst recht zum Volksheiligen. Seine Hinrichtung gab das Signal zu den monatelangen Demonstrationen, die schliesslich zum Sturz des Regimes führten. Heute scheint seine humanistische Islaminterpretation Allgemeingut einer Mehrheit der sudanesischen Elite zu sein.

Sein grosser Gegenspieler, Hasan Turabi, ist allerdings auf seine Weise eine kaum weniger bemerkenswerte Führerpersönlichkeit. Er scheut sich nicht, abwechselnd auf die iranische und die saudische Karte zu setzen. Es hat dazu geführt, dass sich die Islamisten auch hier organisatorisch gespalten haben. Nachdem sich die Konservativen der «Muslim-Bruderschaft» unter dem Vorwurf des Opportunismus von ihm lossagten, gründete Turabi die «Nationale Islamische Front». Wohlwissend, dass er in einem demokratischen Einheitsstaat mit fast einem Drittel nicht-muslimischer Bevölkerung keinerlei Aussichten auf Erfolg hat, begann er, offen für die Niederschlagung des Aufstandes im Süden zu agitieren. Dadurch kam es im Oktober 1985 in Khartum zu Strassenschlachten, die mehrere Todesopfer forderten, zwischen Braun und Schwarz, zwischen Islamisten und christlichen Südsudanesen. Diese Provokationen erfolgten zu einem Zeitpunkt, als der arabisch-sprechende Nordsudan mehrheitlich gegen eine militärische Lösung eingestellt war und – dem Beispiel des hingerichteten Mahmûd M. Tâhâ folgend – ein friedliches Einvernehmen mit dem Süden anstrebte.

## Zweierlei Separatisten

Während des ersten Bürgerkriegs bis zum Addis-Abeba-Abkommen von 1972 war der Süden separatistisch eingestellt. Im zweiten Bürgerkrieg (seit 1984) tritt die im Süden beheimatete «Sudanesische Befreiungsarmee» für einen pluralistischen Einheitsstaat ein. Nunmehr begannen die Islamisten unter Turabi den Spiess umzudrehen und eine Loslösung des Nordens vom Süden zu propagieren. Aber selbst ein vom christlich-animistischen Süden «befreiter» muslimischer Nordsudan wäre trotz seiner Abhängigkeit vom finanziellen Wohlwollen Saudi-Arabiens keine leichte Beute für die Islamisten. Turabis Schwager Sâdiq al-Mahdi, der einem Teil der moderat islamistischen Sekte der *ansâr* vorsteht, ist zugleich sein erbitterter Gegner. Der nicht weniger opportunistische Sâdiq al-Mahdi versuchte eine Zeitlang, auf die libysche Karte zu setzen, bis sich auch seine Mannen in mehrere verfeindete Flügel spalteten. Heute sitzt der Urenkel des sudanesischen Messias (Mahdi) zwischen allen Stühlen. Die Hundertjahresfeiern des 1885 verstorbenen Mahdi, in dem manche Sudanesen eine Art nationalen Befreier von der ägyptischen Fremdherrschaft sehen, brachten der *ansâr*-Sekte kaum Auftrieb, sie bleibt aber stärker als die «Muslim-Bruderschaft» und Turabis NIF («Nationale Islamische Front») zusammen. Mit welcher Verzweiflung Turabi versucht, sich über Wasser zu halten, lässt sich daran er-

kennen, dass man in seiner Umgebung wieder den Schlachtruf hört «Irân, *Irân – fi kulli makân!*» («Lasst die ganze Welt ein einziges Iran werden!»).

Die wenigen Christen des Nordsudans haben in der Gestalt des rührigen Vaters Phillip Ghabûsh einen Führer von Format gefunden, zumal auch er durch das Numairi-Turabi-Regime misshandelt wurde. Ghabûsh ist nicht der einzige im Norden, der auf einen Sieg des christlichen Oberst Dr. John Garang mit seiner «Sudanesischen Befreiungsarmee» hofft. Gruppen schwarzafrikanischer Muslims setzen mehr auf die ethnischen Bindungen zu den christlich geführten Animisten im Süden als auf die religiösen Bande zu ihren arabischen Glaubensbrüdern im Norden. Autonomisten im Westsudan sind ein weiterer Verbündeter dieser Allianz um Garang, die im September 1985 Anstalten machte, die Macht in Khartum zu übernehmen.

Es gibt somit eine Vielzahl von Kräften, die eines gemeinsam haben: die Ablehnung des Islamismus bzw. der Herrschaftslegitimierung durch die *sharî'a*. Die Palette der Widersacher des Islamismus mag im Sudan besonders bunt sein, in vieler Hinsicht hat sie jedoch Modellcharakter für andere Staaten mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung. Dazu gehört auch die wachsende Rolle der Frauen in der Politik. Die sudanesischen Frauen, wie auch ihre muslimischen Schwestern in Ägypten oder Pakistan, im Irak und in der Türkei, sind aus dem politischen Leben nicht mehr wegzudenken. Beim Aufstand gegen das Numairi-Turabi-Regime haben die Sudanesinnen einen nicht minder wichtigen Anteil gehabt als ihre Glaubensgenossinnen am Freiheitskampf Algeriens und heute Afghanistans. Gewiss haben auch die Islamisten einige Renommier-Akademikerinnen aufzuweisen, jedoch können diese sich nicht mit anderen Führerpersönlichkeiten vergleichen wie etwa Fâtima Babikr 'Awad-Allâh von der starken Kommunistischen Partei oder der Juristin Asma Mahmûd, der hochangesehenen Tochter des Reformatoren Mahmûd M. Tâhâ.

Somit bedeutet der Umbruch im Sudan zwar nicht das Ende des Islamismus, er läutet jedoch dessen Niedergang ein. Welche Wellen diese Ereignisse schlagen, lässt sich auch daran erkennen, dass die im Januar 1985 in Khartum öffentlich verbrannten Werke Mahmûd M. Tâhâs neu aufgelegt werden und zahlreiche Übersetzungen im Erscheinen begriffen sind.

*Khalid Durán*